

Staatsgewalt und Wertewandel

Gerhard, Wilfried

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gerhard, W. (1987). Staatsgewalt und Wertewandel. In J. Friedrichs (Hrsg.), 23. Deutscher Soziologentag 1986: Sektions- und Ad-hoc-Gruppen (S. 632-635). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-150258>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Staatsgewalt und Wertewandel

Wilfried Gerhard (Hamburg)

I. "Sichernde" oder "befreiende" Staatsgewalt? Das Problem einer politischen Integralideologie

Gewaltandrohung und Gewaltanwendung sind eine naturwüchsige Realität, die den Bestand einer Gesellschaft gefährden - gleichgültig, ob solche Bestandsgefährdung von innen oder von außen kommt. Das Zivilisationsrezept gegen solche naturwüchsige Gewalt heißt: überlegene und über den Staat institutionalisierte Gegengewalt. Während nun die bürgerliche Gesellschaft solche Gegengewalt im wesentlichen als "sichernde" Gewalt gegen individuelle und kollektive physische Gewalttätigkeit begreift, bekennen sich die real existierenden sozialistischen Gesellschaften zur Doktrin der "befreienden" Gewalt gegen die vor allem im Kapitalverhältnis begründete und durch dieses zugleich verschleierte strukturelle Gewalt, die sich im bürgerlichen Staat lediglich politisch reproduziert. Der bürgerliche Staat gilt den sozialistischen Gesellschaften als Teil jener im Kapitalverhältnis selbst begründeten naturwüchsigen Gewalt, die es revolutionär zu beseitigen gilt. Umgekehrt gilt der bürgerlichen Gesellschaft die revolutionäre, d.h. "befreiende Gegengewalt" als bloßer legitimierender Schein, hinter dem sich immer offensichtlicher nur die geschichts-metaphysisch gepanzerte Vormundchaftsgewalt einer Partei verbirgt. Als Vormundchaftsgewalt über vermeintlich befreite Subjekte gerate aber - so heißt es - solche Gewalt in einen legitimatorischen Selbstwiderspruch, der die Stabilitätsgrundlagen des Systems langfristig untergrabe. Die wechselseitige Bestreitung staatlicher Gewaltlegitimation hat dabei nicht diskursive, sondern selbst wieder legitimatorische Funktion. Der fundamentale Irrtum des jeweils anderen dient selbst wieder politisch-ideologischer Selbstvergewisserung - verdichtet in den Formeln "Freiheit contra Totalitarismus" und "Sozialismus contra Kapitalismus/Imperialismus". In diesem Zusammenhang sind gegenwärtig zwei gegenläufige Tendenzen erkennbar: es ist einmal der als Wertewandel beschreibbare Plausibilitätsverlust der integralen Systemideologien und deren Ersatz durch "szenen"verankerte Privatideologien heterogenster Herkunft. Das Stichwort "neue Lebensweise" indiziert ja symptomatischerweise nur den Tatbestand, daß erstrebte Veränderungen gerade nicht systemisch über den Staat (weder den "bestehenden" noch den "revolutionären"), sondern über die je eigene

Lebensweise realisiert werden sollen.

Sollte dieses Schwinden der großen integralen Systemideologien von epochaler Bedeutung sein, so bleibt das militärisch nicht folgenlos. Können die Streitkräfte auf politische Integralideologien verzichten, ohne sich selbst zu delegitimieren? Denn wenn es keine großen ideologischen Systementwürfe mehr gibt, die militärstrategischer Absicherung bedürfen, dann bleibt nur der Weg sicherheitspolitischer Partnerschaft, der - wenn er beiderseits erfolgreich sein sollte - die Möglichkeit einer Selbstaufhebung der Streitkräfte logisch voraussetzt und sicherheitspolitisch-praktisch zur Folge hat. Doch das ist vorerst allenfalls konkrete Utopie. Als Reaktion auf dieses Schwinden politisch-kollektiver Gewißheiten - und das ist die andere, eher gegenläufige Tendenz - erleben wir derzeit gewaltorientierte politisch-moralische Reduktionen (Rambo-Ideologie) wie auch strukturelle Maßnahmen (Embargo-, Isolierungs- und Nüchternheitspolitik), die politisch dann allererst das bewirken, was sie immer schon voraussetzen: den "Ewigkeitswert" von Systemideologien und politischer Gewalt.

II. Gewaltlatenz und Gewaltmanifestation: das Exterminismusproblem

Von Anbeginn an hatte die bürgerliche Gesellschaft ein durch partielle Ignoranz gekennzeichnetes Verhältnis zur Gewalt; die Ablösung feudaler Gewaltverhältnisse durch bürgerliche Rechtsverhältnisse erschien immer zugleich auch als ein Prozeß der Minimierung von Gewalt. Der Argumentationszusammenhang war scheinbar zwingend: da die überlegene Gewalt des Staates in der Regel nicht durch ihre Anwendung, sondern durch die Furcht von ihrer Anwendung wirkt, bedarf sie nicht mehr der Manifestation - sie bleibt latent und in dieser Latenz bringt sie sich schließlich selbst tendentiell zum Verschwinden. An die Stelle der Gewalt sollten Recht und Markt als neue gesellschaftliche Steuerungsmechanismen treten. Die bürgerlichen Hoffnungen haben getrogen. Ihre Voraussetzungen waren nicht stimmig. Die Latenz der Gegengewalt ist nie identisch gewesen mit dem Prozeß ihrer fortschreitenden Minimierung. Recht, Markt und Gewalt sind eben keine Substitutionsgrößen, sondern eher, wie das Karl Marx handfest illustrierte, Komplementärgrößen. Deshalb darf es vom Prinzip her nicht verwundern, daß wir heute politisch Bemühungen erleben, die Latenz staatlicher Gewalt gerade durch die Vermehrung von Gewaltpotentialen sicherzustellen. Das Wetttrüben im globalen Maßstab gilt heute als der Preis staatlicher Gewaltlatenz und damit als der Preis des Friedens. Auch die sozialistischen Gesellschaften leben von

der frühbürgerlichen Utopie. Allerdings wird sie radikalisiert und durch diese Radikalisierung gleichzeitig auch qualitativ verändert. Denn einerseits wird jetzt nicht mehr die fortschreitende Minimierung, sondern das schließliche Verschwinden von Gewalt und Gewaltinstitutionen programmatisch in Aussicht gestellt. Auf der anderen Seite ist Gewalt aber selbst das Mittel ihrer schließlichen Abschaffung. Entsprechend der Auflösung von Ethik in Geschichtsphilosophie wirft Gewalt hier nicht mehr die Frage ihrer moralischen, sondern lediglich ihrer instrumentellen Angemessenheit hinsichtlich des geschichtlichen Endzwecks auf. Gewalt wird so zu einer moralindifferenten sozialen Prozeßkategorie, deren konkreter progressiver oder reaktionärer Inhalt sich von heilsgeschichtlichen Situationsdeutungen her definiert. Westliche wie östliche Gesellschaften geraten heute allerdings mit dem Steuerungsmedium Gewalt in ein je spezifisches Strukturdilemma. In westlichen Gesellschaften stellt sich das Strukturproblem dar als das der mangelnden Trennschärfe von Gewaltlatenz und Gewaltmanifestation. Offenbar ist jenseits einer gewissen Gewaltpotentialschwelle die Gewaltlatenz selbst objektiv nicht mehr zu garantieren. Nicht an der Gewaltfrage schlechthin, sondern an der Frage der Gewaltlatenzgarantie scheiden sich heute die Geister: Kommt nach Rüstung wirklich kein Krieg? Oder: kann es den Weltkrieg aus Versehen wirklich nicht geben? In sozialistischen Gesellschaften stellt sich das Gewaltproblem zunächst von der anderen Seite dar. Das politische System ist darauf angelegt, politische Probleme auch militärisch-gewaltsam lösen zu können. Dies hat zu einem Gewaltpositivismus geführt, demzufolge alle von den sozialistischen Staaten vollzogenen Gewaltinterventionen schon per definitionem progressiv sind. Aber heute stellt sich die Frage nach den Grenzen progressiven Gewaltgebrauchs neu. Mit dem Einsatz von Gewalt verbinden sich zunehmend weniger heilsgeschichtliche Hoffnung als unheilsgeschichtliche Befürchtungen: die technisch bereitgestellten Vernichtungskapazitäten machen gewaltförmige Konfliktlösungen auch im originär-marxistisch-leninistischen Sinn reaktionär. Das Nuklearzeitalter verlange eine "neue Logik des Denkens" (SCHACHINASAROW), so wird heute von Ideologen zaghaft formuliert. Wertewandel meint nichts anderes als diese "neue Logik des Denkens" als Antwort auf die Strukturdelemmata der Gewalt. Neuartige zivilistische Wertorientierungen fließen deshalb zunehmend in die Konzepte zwischenstaatlicher Auseinandersetzung ein. Daneben erleben wir aber derzeit auch den gegenläufigen Versuch, das Stukturdilemma von der anderen Seite her zu lösen. Gigantomantische militärische Anstrengungen sind heute darauf gerichtet, das Manifestwerden von Gewaltpotentialen in grundlegender Weise wieder zu entproblematisieren (SDI).

III. Gewalt und politische Willensbildung

Staatlich organisierte überlegene Gewalt ist in den westlichen Gesellschaften auf eine bestimmte Perspektive hin angelegt. Überlegene Gewalt soll nämlich gerade einen gewaltlosen Modus gesellschaftlicher Auseinandersetzung unausweichlich machen. Anders in den sozialistischen Staaten. Schon von Marx her sind die komplementären Figuren "Gewalt" und "Kritik" (bzw. "Vernunft") entdifferenziert worden. Gewalt war für ihn eine Form der Kritik wie auch umgekehrt Kritik ihr eigenes Gewaltwerden notwendig impliziert: "Die Waffen der Kritik können die Kritik der Waffen nicht ersetzen. Allein die Kritik wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift": Wo Gewalt wie bei Marx auf eine wertneutrale Prozeßkategorie herunterressortiert worden ist, ist diese Entdifferenzierung nur noch eine Frage bündiger Logik. Man darf bei allen Unterschieden aber das Gemeinsame nicht übersehen, das sich in beiden Konzeptionen ausspricht. Sie sind gleichermaßen die Antwort auf die Frage nach der Möglichkeit eines nicht mehr naturwüchsigen, sondern bewußten politischen Handelns der Bürger bzw. des Proletariats. Bürgerliche Öffentlichkeit sollte das in gleicher Weise leisten wie das gewaltförmige Handeln des Proletariats. Beide Konzeptionen aber blieben hinter ihren Verheißungen zurück. Die politische Gewalt blieb naturwüchsig. Die bürgerliche Öffentlichkeit ist immer noch auf der Suche nach wirksamen Formen politischer Einflußnahme (vgl. das Konzept sog. gewaltfreier Aktionen), die Gewalt des Proletariats hat sich bislang nur als Gewalt über das Proletariat konstituiert. Mehr noch: die politische Gewaltstrationalität entfaltet heute mehr denn je ihre eigene entfremdende "Gehäuse"-rationalität (M. WEBER), der gegenüber die kritische Vernunftstrationalität (ob marxistisch oder bürgerlich) ohnmächtig bleibt. Die systemare Folge solcher individuellen Ohnmacht ist allerdings strukturelle Knappheit - Verlust an Flexibilität und Innovation in den institutionellen Verdichtungs-zonen. Was heute als Wertewandel - bis in den militärischen Bereich hinein - sichtbar wird, ist der Versuch flexibler und innovativer Systembildung unterhalb der Schwelle der Großstrukturen. Netzwerke mit kleinräumlicher Selbstregulierungskompetenz scheinen eher als Großstrukturen disponiert zu sein für kommunikatives Handeln, kritische Rationalität, Stiftung von Sinn, Versöhnung von Politik und Lebenswelt. Was in der strategic community an wirklichen sicherheitspolitischen Alternativen diskutiert wird, sind denn auch Antworten auf die sicherheitspolitisch-strukturelle Knappheitssituation: "Netzverteidigung", "raumdeckende Verteidigung", "autonome Abwehr" und "soziale Verteidigung". Es ist aber auch deutlich, daß die Apologeten der sicherheitspolitischen Großstrukturen nur wenig auf diese Alternativen setzen - aufgrund ihrer operativ beschränkten Perspektive und ihrer von der Existenz der Großstrukturen selbst abhängigen privilegierten Position.